

**Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Umdruck 16/2322**

**Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
im Schleswig-Holsteinischen Landtag**

An den  
Sozialausschuss  
des Schleswig-Holsteinischen Landtages

**TOP 3 Sitzung am 6.9.2007**

Von: "Karen Bartels" <karen.bartels@gruene.ltsh.de>  
Datum: Wed, 5 Sep 2007 09:58:41 +0200

An: <sozialausschuss@landtag.ltsh.de>

Sehr geehrte Frau Tschanter,

anlässlich der beigefügten Presseerklärung des vdak, bittet Frau Birk unter TOP 3 auch auf die Planung der Bettenkapazitäten für die **Hospiz- und Palliativversorgung** in Schleswig-Holstein einzugehen.

Sie bittet das Ministerium zu berichten, wie das Planungs- und Anmeldeverfahren gestaltet ist, wie sich die "Beteiligtenrunde" zusammensetzt, welche Kriterien für die Entscheidungen heran gezogen werden und wie eine potentielle Verweildauer ermittelt wird.

Weiterhin soll erläutert werden, warum Hospizbetten günstiger als Palliativbetten sind und warum nicht beide Versorgungsformen sinnvollerweise im Verbund miteinander geplant und eingerichtet werden.?

Mit freundlichen Grüßen  
i. A. Karen Bartels

---

Karen Bartels  
Referentin für Sozial-, Gesundheits-, Familien-,  
Jugend-, Arbeitsmarktpolitik

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
im Schleswig-Holsteinischen Landtag

Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel  
Tel.: 0431 / 988 - 1520  
Fax: 0431 / 988 - 1501  
[karen.bartels@gruene.ltsh.de](mailto:karen.bartels@gruene.ltsh.de)



# **Nachrichten und Informationen der Ersatzkassenverbände in Schleswig-Holstein**

Kiel, 04. September 2007

Ersatzkassenverbände zum Bericht „Klinikangebot: Heide gegen Elmshorn“ in den Elmshorner Nachrichten vom 22.08.2007

## **Schmerzmedizin für Sterbenskranke braucht fachliche Konzepte – keine Gewinnmaximierung einzelner Krankenhäuser**

Die Ersatzkassenverbände VdAK/AEV in Schleswig-Holstein sind verwundert über den absprachewidrigen Alleingang des Elmshorner Krankenhauses, eine Palliativstation entgegen dem fachlichen Konzept einer Planung für das gesamte Land Schleswig-Holstein errichten zu wollen. „Der Versuch von Krankenhausträgern, sich mit der Einrichtung einer Palliativmedizinischen Abteilung eine zusätzliche Geldquelle führt zu einer moralisch fragwürdigen Konkurrenz auf einem ethisch hochsensiblen Feld“, sagt Oliver Grieve, Sprecher Leiter der Ersatzkassenverbände (VdAK/AEV) Schleswig-Holstein, „schließlich besteht für diese Vermischung von Versorgungsarten gibt es in Elmshorn keinen Bedarf.“ Im benachbarten Hamburg stehen ausreichend Kapazitäten für das Ballungsgebiet zur Verfügung und Heide ist aufgrund seines ländlichen Einzugsgebietes der Vorrang zu gewähren.

Die Standorte in Schleswig-Holstein sind von einer Beteiligtenrunde optimal gewählt. Dieser Konsens mit Fachleuten des Sozialministeriums, der Krankenhausgesellschaft, des Städtetages und -bundes sowie der Krankenkassen ist eine bundesweite Besonderheit, denn bei den Partnern im Gesundheitswesen herrscht hierzulande die Einsicht, dass dieses schwerwiegende Problem qualitativ und wirtschaftlich nur im Verbund zu lösen ist. So hat sich die Beteiligtenrunde vernünftigerweise auf Schwerpunktkliniken verständigt, die ihre Leistungen auch stellvertretend für kleinere Häuser vorhalten. „Wenn jedes Krankenhaus wie

**VdAK/AEV-Landesvertretung Schleswig-Holstein,  
Presse: Oliver Grieve, Wall 55 (Self-Speicher), 24103 Kiel,  
Tel.: 04 31 / 9 74 41 - 16, Fax: 04 31 / 9 74 41 - 23,  
E-Mail: LV-Schleswig-Holstein@vdak-aev.de, Internet: <http://www.vdak-aev.de>**

Elmshorn reagiert und eine eigene Palliativstation plant, entsteht eine gigantische Kostenlawine“, so Grieve.

Zwischen den Krankenkassen in Schleswig-Holstein und dem Elmshorner Krankenhaus war die Einrichtung von 12 Hospizbetten abgesprochen – keinesfalls jedoch Palliativbetten. Weshalb die Klinikgeschäftsführung aus dieser Planung jetzt sechs Hospiz- und sechs Palliativplätze machen will, liegt auf der Hand: Im Gegensatz zu den Hospizpatienten brauchen die Palliativpatienten eine aufwändige Versorgung gegen Schmerzen, die dem Krankenhaus eine hohe finanzielle Vergütung bringt. Anstatt sich aber vorab über den Bedarf zu verständigen, wird die Öffentlichkeit durch die Landes- und Kommunalpolitik mit fadenscheinigen menschenleiden Argumenten mobilisiert. Bedenklich ist dies auch, weil die Kommune Träger der Regio-Klinik ist und die Politiker im Aufsichtsrat sitzen.

Krankenhäuser genauso wie Krankenkassen sind aufgefordert, die Kosten des Gesundheitswesens im Blick zu behalten. „Überflüssige Kapazitäten mit Beitragsgeldern zu finanzieren, kann heute kein Versicherter mehr nachvollziehen“, sagt Grieve. Bis zum Jahr 2008 plant die Beteiligtenrunde für die Versorgung Sterbenskranker mit fachlicher Schmerzbetreuung insgesamt 55 Betten an den sechs Standorten: Neumünster (5), Kiel (14), Flensburg (6), Eutin (12), Lübeck (10), Heide/Itzehoe (8). Damit ist das Land optimal versorgt.

Die Ersatzkassenverbände fordern die Landessozialministerin auf, die Beschlüsse der Beteiligtenrunde – mithin ihres eigenes Hauses – klar zu vertreten und dem Ansinnen der Elmshorner Klinik-Geschäftsführung eine deutliche Absage zu erteilen. Andernfalls drängt sich der Verdacht auf, dass sich in Elmshorn politische Interessen in das operative Geschäft eines Krankenhauses einmischen, um daraus kurzfristig Vorteile zu ziehen.